

Herrn Heiko Maas
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Einschränkungen des Rechts, sich friedlich mit anderen zu versammeln, in Sierra Leone

Sehr geehrter Herr Minister,

ich schreibe Ihnen, um meiner tiefen Sorge darüber Ausdruck zu verleihen, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit in Sierra Leone eingeschränkt wird. Amnesty International hat die Menschenrechtslage in Sierra Leone nun über zehn Jahren hinweg beobachtet. Im aktuellen Bericht A FORCE FOR GOOD? (AFR 51/8590/2018), der am 3. Juli 2018 veröffentlicht wurde, werden Einschränkungen des Rechts, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln, und die Straflosigkeit bei exzessiver Gewaltanwendung durch Angehörige der Polizei in Sierra Leone genauer beleuchtet.

Die Ergebnisse des Berichts sind sehr beunruhigend. Durch die eingehende Untersuchung mehrerer Fälle in verschiedenen Landesteilen konnte Amnesty International dokumentieren, wie Menschen durch exzessive Gewaltanwendung der Polizei widerrechtlich getötet oder schwer verletzt wurden oder wie ihr Eigentum und ihr Leben durch die Polizei zerstört wurden.

In Sierra Leone wird das Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln, als Privileg behandelt, das die Behörden gewähren können. Stattdessen sollten sie dieses Grundrecht schützen. In vielen Fällen beruhte die Entscheidung, das Recht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken, auf zu weit gefassten Gesetzen – insbesondere dem Gesetz über die öffentliche Ordnung von 1965 – die nicht den regionalen und internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen und umgehend reformiert werden sollten.

Einer der Hauptgründe dafür, dass es bei Polizeieinsätzen zu Toten und Verletzten kommt, ist der willkürliche Einsatz tödlicher Waffen. Angehörige der Polizei scheinen Schusswaffen bei Versammlungen standardmäßig einzusetzen. Außerdem machen Sicherheitskräfte unverhältnismäßigen Gebrauch von Tränengas. Diese Vorgehensweise verletzt eindeutig internationale Standards sowie die eigenen Einsatzregeln der Polizei.

Der Bericht von Amnesty International zeigt, dass die Straflosigkeit einer der Hauptgründe für das tief verwurzelte Problem der exzessiven Gewaltanwendung durch Polizeikräfte in Sierra Leone ist. Mangelnde Rechenschaftspflicht vermittelt den Polizeikräften den Eindruck, dass sie für Menschenrechtsverletzungen keine Konsequenzen fürchten müssen. Deshalb müssen die sierra-leonischen Behörden der Straflosigkeit umgehend ein Ende setzen. Dazu müssen Maßnahmen und Institutionen zur Bekämpfung von Straflosigkeit, wie das Independent Police Complaints Board (IPCB; dt.: unabhängige Beschwerdestelle für die Polizei) oder das Complaint Discipline and Internal Investigations Department (CDIID; dt.: Abteilung für Beschwerden, Disziplin und interne Untersuchungen) schnellstmöglich reformiert und gestärkt werden.

Es mag schwierig erscheinen, diese Probleme anzugehen. Jedoch fordert Amnesty International nichts Unmögliches, wie im Vorfeld der letzten Wahlen deutlich wurde. Hier waren Wahlkampfveranstaltungen generell erlaubt und die Polizei war nach vorherigen Schulungen in der Lage, verschiedene Taktiken zur Deeskalation angespannter Situationen anzuwenden, statt Schusswaffen einzusetzen. Dies ist als äußerst positiv zu bewerten und zeigt, dass die Polizei auch außerhalb des Wahlkampfs in der Lage sein sollte, das Recht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

Ich rufe Sie auf, zur Lösung der von Amnesty International aufgezeigten Probleme beizutragen, indem Sie auf die Regierung von Sierra Leone einwirken, sodass die verantwortlichen Sicherheitskräfte für bereits begangene Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden und eine Reform des Sicherheitssektors umgesetzt wird. Darüber hinaus ist es wichtig, dass das Land Unterstützung bei der Schulung der Polizei im Hinblick auf regionale und internationale Polizeistandards erhält und dabei ein Schwerpunkt auf Menschenrechtsbildung gelegt wird. Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Empfehlung zu berücksichtigen.

Sierra Leone steht derzeit am Scheideweg, da der Regierungswechsel neue Möglichkeiten mit sich bringt, um die angesprochenen Herausforderungen zu überwinden. Dazu ist es von grundlegender Bedeutung, dass die Regierung Unterstützung erhält, damit sie dieser Verantwortung gerecht werden kann und entsprechende Standards für die Arbeit der Polizei einführt.

In der Hoffnung, dass Sie die Anliegen von Amnesty International unterstützen, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen